

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Gefühlt immer öfter steckt die Ampelkoalition im Streit fest. Neuer Höhepunkt in dieser Woche: Bundesfinanzminister Christian Lindner musste die Entscheidung über die Eckwerte für den Haushalt 2024 verschieben, weil sich die rot-grün-gelben Koalitionäre nicht einigen konnten. Die Ausgabenwünsche der einzelnen Ressorts liegen mehr als 70 Milliarden Euro über den verfügbaren Mitteln. Nun läuft das Hauen und Stechen darum, wer am meisten zurückstecken muss. Statt selbsternannter Fortschrittskoalition, ein Selbstblockade-Drama. Titel: „Die Drei von der Zankstelle.“ Unserem Land tut das gerade in der jetzigen schwierigen Lage nicht gut.

Der Bundeskanzler sieht aber kein Problem. Am Rande der Münchner Handwerksmesse wartete er sogar mit der erstaunlichen Aussage auf, Deutschland stehe vor einem neuen Wirtschaftswunder. Da hatten ihm Vertreter der Wirtschaft gerade ausführlich erläutert, weshalb es vor allem wegen überbordender Bürokratie und unendlich langen Planungs- und Genehmigungsverfahren überall stockt und hakt – und nichts vorangeht.

Und Besserung ist nicht in Sicht. Nur bei den rot-

grünen Lieblingsprojekten darf es schneller gehen. Da dürfen es dann auch weniger Bürokratie und Ausschlussgründe sein. Alle anderen müssen sich hinten anstellen. Das Deutschland-Tempo ist weiter ein Bummelzug, das Scholz'sche Wirtschaftswunder eher ein Produkt der verzerrten Realitätswahrnehmung.

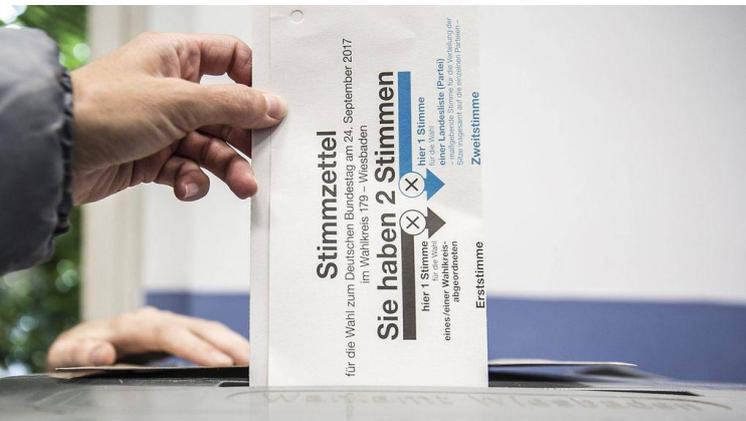
Im Eildurchgang hat die Ampelkoalition in dieser Woche eine Wahlrechtsreform durchgesetzt: Wähler müssen künftig damit rechnen, dass der Wahlkreisabgeordnete, den sie gewählt haben, nicht im Bundestag sitzen darf. Schaut man sich das zurückliegende Wahlergebnis an, ist auch Nürnberg betroffen. Mehr dazu im Newsletter.

Die Frage einer sicheren, aber auch bezahlbaren Energieversorgung beschäftigt uns weiter. Der milde Winter hat maßgeblich dazu beigetragen, dass uns Engpässe erspart blieben. Experten haben aber schon vor Monaten gewarnt, die tatsächliche Herausforderung stelle sich im Winter 2023/2024. Weil die Ampel nicht handelt, haben CDU und CSU einen Gesetzentwurf zur Verhinderung einer Energiekrise eingebracht.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Freude beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Rot-grün-gelber Anschlag auf das Wählervotum



Der Bundestag hat in der zurückliegenden Woche ein neues Wahlgesetz beschlossen. Seit Längerem waren wir uns im Parlament einig, dass der Bundestag wieder kleiner werden muss.

CDU und CSU haben einen Vorschlag unterbreitet, der 270 statt 299 Wahlkreise vorsieht, die Überhangmandate begrenzt und die bewährte Berechnung der Sitzverteilung im Bundestag beibehält. Vor allem stellt er sicher, dass jeder direkt im Wahlkreis gewählte Kandidat auch als Wahlkreisabgeordneter in den Bundestag einzieht.

Die Ampelkoalition aber hat jetzt im Eiltempo eine Wahlrechtsreform durchgeboxt, die das Wählervotum an vielen Stellen aushebelt. Es wird nach der Reform zwar weiter 299 Wahlkreise geben, aber wesentlich weniger direkt gewählte Abgeordnete im Bundestag. Denn nicht jeder Wahlkreissieger soll künftig ein Mandat erhalten. Gleich zwei Hebel setzt die Ampel dazu ein.

So wird die Zahl der Mandate jeder Partei ausschließlich nach dem Zweitstimmenergebnis berechnet. Erringt eine Partei in einem Land mehr Direktmandate als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen, wird den

überzähligen Wahlkreissiegern mit den schlechtesten Ergebnissen kein Mandat zugeteilt. Hiervon werden nach den bisherigen Wahlausgängen vor allem die Wähler und Wählerinnen in großstädtischen Wahlkreisen besonders in Bayern, aber auch in Baden-Württemberg betroffen sein. Betrachtet man die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl wäre auch Nürnberg nicht mehr mit Wahlkreisabgeordneten im Bundestag vertreten.

Auch direkt gewählte Bewerber, deren Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, erhalten kein Mandat. Denn die Grundmandatsklausel fällt weg. Sie sichert bislang einer Partei, die wenigstens drei Direktmandate erreichte, den Einzug in den Bundestag entsprechend ihres Zweitstimmenanteils.



Sebastian Brehm: „Wer gewählt wird, muss auch ein Mandat erhalten. Alles andere ist Demokratie nach Gutsherrenart. Es

entwertet die Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Das Prinzip ein Wähler, eine Stimme mit dem immer gleichen Gewicht, wird ausgehebelt. Die Umsetzung des Wählervotums wird zum Glückspiel. Die Kandidatenaufstellung wird zum alleinigen Privileg der Parteien; Einzelbewerber sind von vornherein chancenlos.

Die Wahlrechtsreform der Ampel wirft viele Fragen zum demokratischen Selbstverständnis von SPD, Grünen und FDP auf. CDU und CSU werden das nicht auf sich beruhen lassen. Wir werden vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das neue Wahlgesetz klagen, damit auch künftig jede Wählerstimme gleich viel zählt.“

CDU und CSU fordern mehr Kinderschutz



Seit mehr als einem halben Jahr drängen CDU und CSU auf mehr Möglichkeiten von Polizei und Staatsanwaltschaft zur Aufklärung von schweren Straftaten gegen Kinder wie sexuellem Missbrauch und Kinderpornographie. Die Ampel-Koalition aber blockiert seither eine Expertenanhörung sowie die Beratung des [Unionsantrages](#) im Bundestag. Jetzt haben CDU und CSU mit Hilfe der Geschäftsordnung eine Parlamentsdebatte erzwungen. Das Ergebnis war leider ernüchternd.

Zum besseren Schutz von Kindern wollen CDU und CSU die Handlungsspielräume nutzen, die der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil zur Vorratsdatenspeicherung vom September 2022 aufgezeigt hat. Dazu gehört eine sechsmonatige Speicherung der IP-Adressen und Portnummern, damit digitale Tatortspuren den Tätern Verursachern sicher zugeordnet werden können. Außerdem ein sicheres und schnelles Abrufverfahren, um Tatverdächtige rasch zu identifizieren und schnell handeln zu können.

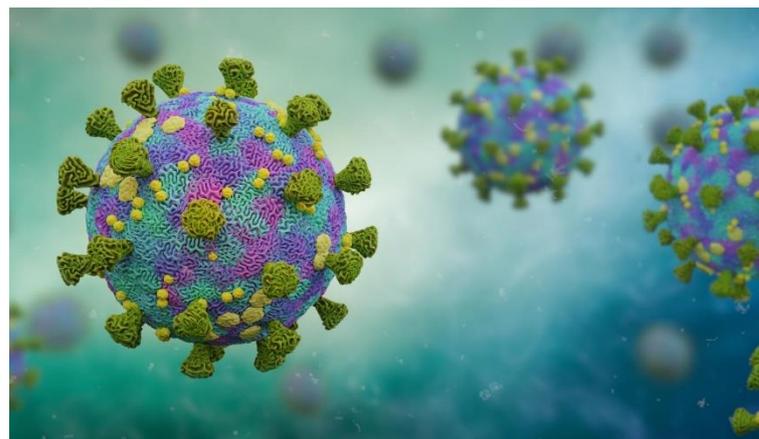


Sebastian Brehm: „Die Ampel schiebt das Thema weiter vor sich hier, weil man sich nicht einig wird. Dieses rot-grün-gelbe Spiel auf Zeit ist zynisch.“

Die IP-Adressen sind gerade bei abscheulichen Verbrechen wie sexuellem Kindesmissbrauch und Kinderpornographie im Internet häufig die einzige Spur zu den Tätern. Mit der Speicherung dieser Daten können wir die Ermittlungsbehörden in die Lage versetzen, schwere Kriminalität zu bekämpfen und die Schwächsten in unserer Gesellschaft wirksam zu schützen. Es ist verantwortungslos, dass die Ampel ihren Streit über den richtigen Weg auf dem Rücken von Kindern austrägt.“

Das Bundeskriminalamt registrierte im Jahr 2021 mehr als 15.000 Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch und mehr als 39.000 Fälle von Kinderpornographie, eine Zunahme von rund 50 Prozent gegenüber 2020. Tausende Fälle konnten nicht aufgeklärt werden, weil die IP-Adressen nicht verfügbar waren.

CDU und CSU fordern mehr Forschung zu Long Covid



Die Unionsfraktion hat in dieser Woche eine Initiative zur Stärkung der Forschung zu Long Covid und zur Neuroimmunerkrankung ME/CFS gestartet. Aktuell erhalten Wissenschaftler vom Bundesforschungsministerium über die reguläre institutionelle Förderung hinausgehend kaum Unterstützung. Mit rund 12,5 Millionen Euro

stehen weniger als 0,1 Prozent des Ressortetats für entsprechende Projektförderungen zur Verfügung. Auch von Gesundheitsminister Karl Lauterbach kommen bisher nur vage Förderankündigungen zur Entwicklung optimaler Versorgungskonzepte für Menschen mit Long COVID.



Sebastian Brehm: „Die derzeitige Förderung ist völlig unzureichend. Wissenschaft und Forschung bleiben in Deutschland deshalb

hinter ihren Möglichkeiten zurück. Allein in Deutschland leiden mindestens eine Million Bürgerinnen und Bürger unter Langzeit-Folgen einer Covid-Infektion, weitere 250.000 Menschen an Myalgischer Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS). Für die Betroffenen und Angehörigen bedeutet dies teilweise massive Beeinträchtigungen des alltäglichen Lebens. Sie brauchen mehr und bessere Hilfe.“

CDU und CSU fordern Startchancenprogramm ein



In ihrem Koalitionsvertrag hat die Ampel ein Startchancen-Programm als zentrales

bildungspolitisches Vorhaben der Legislaturperiode angekündigt. Passiert ist Nichts. Stattdessen streitet die Ampel über den Starttermin – 2023 oder 2024. CDU und CSU haben deshalb jetzt in einem Antrag [„Bildungschancen nicht verschlafen – Startchancenprogramm in 2023“](#) die Einhaltung des rot-grün-gelben Versprechens eingefordert.

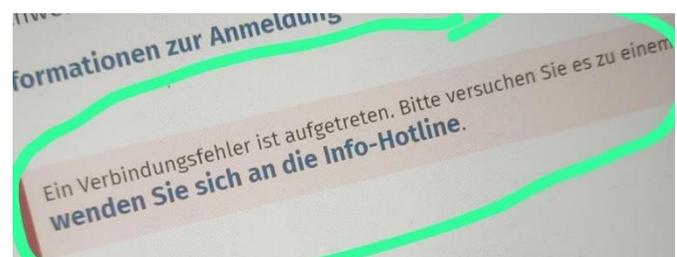
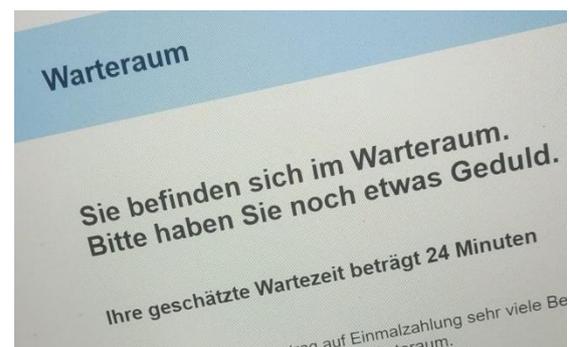
Sebastian Brehm: „Wir erwarten von der Bundesregierung zeitnah ein konkretes, bedarfsgerechtes und mit den Ländern abgestimmtes inhaltliches Konzept für Startchancen-Programm aber dem nächsten Schuljahr. Rot-grün-gelber Zwist darf nicht zu Lasten der Zukunftschancen von Kindern gehen.“

Deutschland-Tempo a la Ampel

Erst vergisst Rot-Grün-Gelb die Studenten bei der Energiekostenpauschale. Dann bessert sie eilends nach und verspricht 200 Euro. Es beginnt das große Warten auf eine IT-Lösung. Denn der Antragsweg soll ein echtes Vorzeigeprojekt der selbst ernannten „Fortschrittskoalition“ werden.

Das Ergebnis: Der Student „steht“ wegen Serverüberlastung in

der digitalen Schlange. Und liest dann:



Digitale Spitzenleistung im Deutschland-Tempo.

Nürnberger Kaufhausstandorte sichern



Die Schließungspläne von Galeria Karstadt Kaufhof für die Warenhäuser in Langwasser und in der Königstraße sind ein herber Schlag für die Beschäftigten und unsere Stadt. Es ist gut, dass unser Oberbürgermeister Marcus König diese Konzernpläne nicht einfach hinnehmen, sondern kämpfen will. Ich werde ihn dabei unterstützen. Dass es sich lohnt zu kämpfen, zeigt die Rücknahme von fünf Schließungen wenige Tage nach der Bekanntgabe des Standortkahlchlags. Gleichzeitig müssen wir auch nach Alternativen für die Beschäftigten suchen und zukunftsträchtige Konzepte für die beiden Standorte entwickeln.

Die Verantwortung für die Situation tragen der österreichische Signa-Konzern und sein Eigentümer Rene Benko, der selbst kein eigenes Geld in die Rettung der Standorte und Arbeitsplätze einbringen will. Statt die Warenhäuser zu entwickeln, wurde der Konzern ausgenommen wie eine Weihnachtsgans. Noch im vergangenen Jahr kassierte Benko und Signa Staatsgelder für eine angebliche Rettung von Galeria Karstadt Kaufhof.

Jetzt zeigt sich, dass nichts gerettet wurde - auch weil Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die Mittel nicht an Arbeitsplatz- und Standortgarantieren gebunden hat. Habeck muss die Gelder zurückholen und für die Entwicklung der von Schließung betroffenen Standorte bereitstellen.

Brehm.mobil wieder im Einsatz!



Vergangene Woche habe ich mit meinem Brehm.mobil im Stadtteil Nürnberg-Erlenstegen für eine mobile Bürgersprechstunde haltgemacht. Das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis ist mir wichtig. Herzlichen Dank für die vielen Anregungen, Ideen und den spannenden Austausch! Schließlich müssen wir als Politiker wissen, wo der Schuh drückt und wo wir auch als Opposition im Deutschen Bundestag noch verstärkt hinwirken können.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.